



PRESSEMITTEILUNG

NRW-Krankenhäuser fordern an Versorgungsbedarf angepassten Corona-Rettungsschirm: „Wir alle tragen längst die große Last der Corona-Pandemie“

Düsseldorf, 14.12.2020 - Immer mehr Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen geraten durch die unaufhörlich steigende Zahl schwerer COVID-19-Fälle an ernste Kapazitätsgrenzen. „Derzeit kann man im Wochentakt beobachten, wie die Reserve freier Beatmungsplätze hinwegschmilzt“, warnt der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW), Jochen Brink. „Damit verbunden ist eine enorme Beanspruchung von Ärztinnen und Ärzten sowie Pflegerinnen und Pfleger, die seit Tagen und Wochen bis an ihr Kräfte-limit gehen, um den Patientinnen und Patienten jede notwendige Behandlung zu ermöglichen.“ Dass Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte oft als einzige die sterbenden Menschen begleiten, erhöhe diese Belastung noch. Deshalb begrüßt die KGNW als Interessenvertretung der rund 345 Krankenhäuser im bevölkerungsreichsten Bundesland den jetzt von Bund und Ländern verfügt „harten Shutdown“, um die Infektionen wieder unter Kontrolle zu bringen.

„Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Bundesregierung endlich eine verlässliche finanzielle Regelung festlegt, die der essenziellen Rolle aller Krankenhäuser in der akuten Pandemie-Bekämpfung gerecht wird“, fordert Brink. „Wir alle tragen längst die große Last der Corona-Pandemie.“ Während die Kliniken überall in Nordrhein-Westfalen alles Notwendige unternähmen, damit Corona trotz der hohen Fallzahlen noch beherrschbar bleibe, gingen sie damit ein hohes wirtschaftliches Risiko ein. Denn noch immer halte die Bundesregierung an ihrer engen Linie fest, nach der sie nur etwa einem Drittel der Kliniken im Land mit einer Freihaltepauschale eine finanzielle Entschädigung für den enormen Aufwand zugesteht. Brink betont: „Tatsächlich aber wird der Kampf gegen COVID-19 in den vielen regionalen Krankenhäusern geführt und entschieden. Sie gehen aber bisher leer aus, wenn sie nicht den höheren Notfallstufen 2 oder 3 zugeordnet sind. Dieses Modell entspricht nicht dem weit größeren Versorgungsbedarf.“ Neben den Notfallstufen, die nur ein Drittel der Häuser mit stationären Corona-Fällen erfüllt, ist auch eine Sieben-Tage-Inzidenz von mindestens 70 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner entscheidend.

Die Krankenhausträger in NRW unterstützen darum die Initiative der Bundesländer Thüringen und Sachsen-Anhalt, die von der Bundesregierung eine verbindliche Finanzierungszusage für die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Aufwendungen und Mindereinnahmen bis zur Bundesratssitzung am Freitag (18.12.2020) angemahnt haben. „Es ist höchste Zeit für ein tragfähiges Konzept, das die

Auswirkungen der Pandemie auf die Krankenhäuser berücksichtigt. Wir brauchen eine Perspektive für das Jahr 2021“, appelliert Brink an die Landesregierung, sich in Berlin für eine von Notfallstufen und Inzidenzwerten losgelöste, dafür am medizinischen Bedarf orientierte Finanzierung stark zu machen. Denn den Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten, die täglich einen aufreibenden Kampf gegen Corona führen, sei nicht mehr zu vermitteln, warum ihre Arbeit weiter so unterschiedlich bewertet wird.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99